

Das Ende kam zu spät

Shoah-Überlebende erinnern sich an den Tag der Befreiung. **Seiten 3, 16**



Wo die wilden Kerle wohnen

Maurice Sendak schuf Kinderbücher, die auch Eltern zu denken geben. **Seite 15**

Foto: ddp/Newscom/UP1

Sängerwettbewerb in der Ukraine

In Kiew startet der Eurovision Song Contest. Australien ist dabei – mit einem Aborigene.

Russland aber diesmal nicht. **Seite 20**



Foto: 123rf/Alex Kalmbach

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 8. Mai 2017

72. Jahrgang/Nr. 106

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Denkwürdige Präsidentenwahl

Katja Herzberg zum Wahlerfolg von Emmanuel Macron

Emmanuel Macron hat die Sensation geschafft – nicht die Vereitelung einer Präsidentin Marine Le Pen, sondern vielmehr der Umstand, ohne Partei im Rücken, mit nur zweijähriger Regierungserfahrung und erst 39 Lebensjahren zum wichtigsten Mann im Staate Frankreich gewählt zu werden. Damit reiht er sich ein in die europäische Epoche der Renzies und Tsipras'. Zeit, seinen Erfolg zu feiern, bleibt indes nicht. Macron hat nicht weniger als die Erneuerung Frankreichs ausgerufen. Daran wird er sich schon bald messen lassen müssen.

Denn Frankreich leidet unter hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugend strotzt vor Perspektivlosigkeit. Die politische Landschaft, wie sie die Republik nach dem Zweiten Weltkrieg prägte, ist spätestens mit der mut- und erfolglosen Amtszeit von François Hollande, den Skandalen in den Reihen der Konservativen und der Zersplitterung der linken Kräfte kollabiert. Die Altparteien müssen die Lehren aus ihrem Niedergang ziehen, Macron bis zur Wahl der Nationalversammlung im Juni seinen versprochenen Aufbruch zumindest ansatzweise in die Tat umsetzen.

Denn – das hat der zweite Wahlgang auch gezeigt – fehlen die Alternativen, verzichten die Menschen lieber auf ihr Wahlrecht. Die Beteiligung am Sonntag war so niedrig wie seit 1969 nicht mehr, obwohl Macron von den Unterstützern Mélenchons und Fillons profitierte. Diese Entwicklung sollte allen in Frankreich, aber auch in Berlin und Brüssel zu denken geben.

UNTEN LINKS

Da könnte einem doch glatt die Landlust vergehen. Ausgerechnet in der provinziellen Idylle wählen die Leute stramm rechts, während in den engen Städten, ausgerechnet, der Geist der Freiheit weht. Das ist nicht nur in Frankreich so, den USA, Britannien, der Türkei. Sondern auch hier. Die Grünen, im Großstadtkiez hoch im Wipfel, können ein Lied davon singen: Im Grünen pfeift man auf die Grünen. Wir wollen gar nicht über die Ursachen spekulieren, uns interessieren die Folgen. Denn der Trend ist ja ungebrochen, dass es massenhaft mondäne, aufgeklärte, pluralistisch denkende Städter hinaus zieht aufs Land. Werden die alle bald Nazis sein? Natürlich nicht. Sie werden Künstlerateliers gründen, einen Waldorfkindergarten eröffnen und neben das Kopfsteinpflaster einen asphaltierten Radweg bauen lassen, der bis in die Innenstadt führt. Mit einer hohen Brücke über die Satellitensiedlungen am Stadtrand. Denn auch da, wo keiner hinwill, wählt man bekanntlich rechts. Pfui! mha

ISSN 0323-4940



Der Frexit bleibt aus

Franzosen entscheiden sich gegen die rechtsextreme Anti-Europäerin Marine Le Pen



Frankreichs neuer Präsident Emmanuel Macron

Foto: dpa/Christophe Ena

Berlin. Bei der europaweit mit Spannung verfolgten französischen Präsidentenwahl hat sich der Favorit Emmanuel Macron laut erster Prognose mit mehr als 65 Prozent zu knapp 35 Prozent gegen die rechtsextreme Marine Le Pen durchgesetzt. Der für seine Bewegung »En Marche!« angetretene Macron galt schon vor dem Endduell als klarer Favorit. Er wird mit 39 Jahren der jüngste französische Präsident aller Zeiten. Der frühere Wirtschaftsminister und Investmentbanker gilt als Hoffnungsträger der Pro-Europäer. Er will die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und strebt eine enge Partnerschaft mit Deutschland an.

Es zeichnete sich am Sonntag eine sehr niedrige Wahlbeteiligung ab. Französische Meinungsforschungsinstitute erwarteten einen Wert von etwa 73 bis 74 Prozent. Das wäre die niedrigste Beteiligung an einer Präsidenten-Stichwahl in Frankreich seit 1969, als nur 64,4 Prozent der Berechtigten ihre Stimme abgaben. Bis zum späten Nachmittag lag die Wahlbeteiligung nach offiziellen Angaben bei 65,3 Prozent. Das waren über vier Punkte weniger als bei der ersten Wahlrunde vor zwei Wochen um dieselbe Zeit. Beobachter nehmen an, dass vor allem viele linksgerichtete Wähler leere Wahlumschläge ab-

geben haben, weil sie beide Kandidaten ablehnen. Diese »weißen Stimmen« werden gesondert aufgeführt, aber bei der Ermittlung des Ergebnisses der einzelnen Kandidaten nicht einberechnet.

Das Wahlwochenende wurde von der Veröffentlichung zahlreicher interner Dokumente aus dem Wahlkampf-Team Macrons überschattet. »En Marche!« erklärte, die Daten seien bei einer »massiven und koordinierten« Hacker-Angriffe vor einigen Wochen gestohlen worden. Die Pariser Staatsanwaltschaft leitete Vorermittlungen ein, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtete. *Agenturen/nd Seite 2*

Kasernen sollen sauber werden

Durchsuchung aller Bundeswehreinrichtungen nach Wehrmachtsdevotionalien angeordnet

Rechte Tendenzen in der Truppe werden mehr und mehr als Problem wahrgenommen. Nach einigen Funden von Wehrmachtsandenken sollen nun alle Kasernen untersucht werden.

Von Stefan Otto

Nach und nach kommt das Ausmaß der rechten Umtriebe bei der Bundeswehr ans Licht. Am Wochenende ist ein weiterer Zwischenfall öffentlich geworden – in einer Kaserne in Donaueschingen wurden Wehrmachtsandenken gefunden. Dies bestätigte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums. Bei den Gegenständen handle es sich aber nicht um strafrechtlich relevante Fundstücke, hieß es. Wie jetzt erst bekannt wurde, gab es im November 2012 bereits einen Vorfall in der Kaserne der Deutsch-Französischen Brigade im französischen Illkirch, als deutsche Soldaten anlässlich eines Fußballspiels zwischen Bayern

München und OSC Lille ein vier Meter großes Hakenkreuz mit Sand auf den Boden streuten. Daraufhin gab es offenbar Konsequenzen, drei Soldaten schieden aus dem Dienst aus.

Nach der Häufung von Vorfällen ordnete der Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wieker, nun eine Durchsuchung sämtlicher Kasernen an. Sollten weitere zweifelhafte Andenken gefunden werden, würden diese umgehend entfernt werden, erläuterte das Verteidigungsministerium. Bis Dienstag solle es einen Zwischenbericht zu den Überprüfungen geben, die bis zum 16. Mai andauern. Ein »Weiter so« komme nicht mehr in Frage, sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Sie warb innerhalb der Armee um Unterstützung, »es geht um nicht weniger als den Ruf unserer Bundeswehr«, betonte sie.

Das Ausschwitz-Komitee zeigte sich entsetzt über die offenbar

weit verbreiteten rechten Tendenzen innerhalb der Bundeswehr. »Für Überlebende des Holocaust ist allein der Gedanke, dass innerhalb einer deutschen Armee jemals wieder Nazisympole verherrlicht und Wehr-

»Es geht um nicht weniger als den Ruf unserer Bundeswehr.«

Ursula von der Leyen, Verteidigungsministerin

machtstraditionen beschworen werden können, gespenstisch und unerträglich«, erklärte der Exekutiv-Vizepräsident der Organisation, Christoph Heubner. Er rät dringend an, die Debatte »über die Leitkultur in der Bundeswehr neu zu strukturieren« sowie die historische und politische Bil-

dung im Hinblick auf »ihre Anbindung an die Traditionen des Deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zu intensivieren.«

Hintergrund der Überprüfungen ist der Fall des Oberleutnants Franco A., der sich als syrischer Flüchtling ausgegeben hatte und offenbar einen Anschlag plante. Bereits seit mehr als zwei Jahren lagen der Bundeswehr Informationen über die rechtsextreme Gesinnung des Offiziers vor, ohne dass daraus jedoch Konsequenzen folgten. Von der Leyen hatte nach Bekanntwerden des Skandals der Bundeswehr ein »Halbungsproblem« attestiert und ihr einen »falsch verstandenen Korpsgeist« vorgeworfen. Der frühere Generalinspekteur Harald Kujat hatte die Ministerin daraufhin beschuldigt, der Truppe mit dieser pauschalen Kritik zu schaden, auch ihre Entschuldigung anschließend sei »wachsweich ausgefallen.« *Seiten 4 und 5*

Torsten Albig abgewählt

CDU überflügelt SPD bei Wahl in Schleswig-Holstein deutlich

Kiel. Daniel Günther, Spitzenkandidat der CDU, erklärte sich in Kiel zum Wahlsieger. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am Sonntag konnte die CDU deutlich zulegen: Nach einer Hochrechnung von Infratest Dimap kommt die Partei auf 33,3 Prozent. Die Sozialdemokraten um Ministerpräsident Torsten Albig erlitten dagegen eine herbe Niederlage und kommen nur noch auf 26,5 Prozent der Stimmen.

Drittstärkste Partei sind die Grünen mit 12,9 Prozent. Die FDP erhielt 11,2 Prozent, der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) konnte 3,5 Prozent der Stimmen verbuchen, ist aber von der Sperrklausel ausgenommen. Die Linkspartei verpasste deutlich den Einzug in den Landtag (3,4 Prozent). Mit von der Partie wird aber die AfD sein (5,9 Prozent).

Die Küstenkoalition von SPD, Grünen und SSW hat damit im neuen Landtag keine Mehrheit mehr. Möglich sind neben der Großen Koalition künftig auch Dreierbündnisse, bestehend aus CDU, Grünen und Liberalen oder aus SPD, Grünen und FDP. *sot Seite 5*

6000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet

Boote überfallen und geplündert

Rom. Innerhalb von 48 Stunden sind rund 6000 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer geborgen worden. Am Samstag wurden in mehr als 20 Einsätzen rund 3000 Menschen in Sicherheit gebracht, nachdem bereits am Freitag 3000 Menschen gerettet worden waren, wie die italienische Küstenwache mitteilte. An den Aktionen waren neben der Küstenwache und der italienischen Marine auch die EU-Grenzschutzbehörde Frontex, Nichtregierungsorganisationen und Handelsschiffe beteiligt.

Die libysche Küstenwache rettete am Samstag etwa 170 Flüchtlinge aus Seenot, musste ein Flüchtlingsboot jedoch aus Mangel an Personal und Schiffen seinem Schicksal überlassen. Libysche Fischer bargen 371 Menschen von Schlauchbooten. 129 von ihnen waren zuvor von Angreifern überfallen und ausgeraubt worden, wie ein Sprecher der libyschen Marine berichtete. Da die Angreifer auch den Außenbordmotor des Bootes mitnahmen, trieb das Gefährt stundenlang auf dem Meer, bis ein Fischer es entdeckte und zur Hilfe kam. *Agenturen/nd*

82 entführte Schulumädchen frei

Tausch mit Boko Haram in Nigeria

Abuja. Nach mehr als drei Jahren in der Gewalt islamistischer Entführer können 82 Schulumädchen aus Nigeria endlich zu ihren Familien zurückkehren. Die dschihadistische Terrorgruppe Boko Haram ließ die Mädchen im Tausch gegen eigene Kämpfer am Wochenende frei. Der Austausch war in Verhandlungen unter internationaler Vermittlung vereinbart worden. Die Mädchen gehören zu einer Gruppe von mehr als 200 Schülerinnen, die 2014 in der Stadt Chibok entführt worden waren.

Am Sonntagmorgen wurden die Mädchen an Bord von Armeehubschraubern aus der Ortschaft Banki in Nordnigeria in die Provinzhauptstadt Maiduguri gebracht, wie das Militär mitteilte. Von dort sollten sie in die Hauptstadt Abuja weiterfliegen, wo Präsident Muhammadu Buhari sie noch am Sonntag empfangen wollte. Zu dem im Gegenzug freigelassenen Boko-Haram-Kämpfern wurden offiziell keine Angaben gemacht. Nach AFP-Informationen handelte es sich um drei inhaftierte Staatsbürger des Tschad, die in der Gruppe führende Posten bekleidet hatten. *AFP/nd*